

„Nur was dem Menschen dient, ist Aufgabe der Wirtschaft“

Armutskrise, Klimakrise, Finanzmarktkrise – (k)eine Systemkrise?

Drei Entwicklungen – ein Zusammenhang? Finanzmarktkrise, Klimawandel und wachsende Armut: Die drei großen Themen unserer Zeit offenbaren bei genauerer Betrachtung einen tief liegenden, systemischen Kontext. Jetzt ist Zeit zu handeln. Ein Essay von Thomas Jorberg, Vorstandssprecher der GLS Bank.

Unser gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ordnungsrahmen wird zunehmend durch eine Reihe von Krisen in Frage gestellt:

1. Die Schere zwischen Arm und Reich, sowohl national als auch zwischen armen und reichen Ländern, geht weiter auseinander.
2. Seit den 70er-Jahren ist die Umweltverschmutzung immer stärker ins Bewusstsein gerückt. Zwar wurde mittlerweile die Bekämpfung der Klimaerwärmung zur zentralen Aufgabe der Staatengemeinschaften erklärt. Auch stehen die notwendigen Techniken zur Verfügung oder sie sind entwickelbar. Aber die maßgeblichen Weichenstellungen sind bislang ausgeblieben.
3. Die Finanzmarktkrise hat eine Dimension angenommen, die so kaum jemand erwartet hat. Sie hat sich zwischenzeitlich zu einer weltweiten ökonomischen Krise ausgeweitet.

Betrachtet man diese Krisen einzeln, mag man zu dem trügerischen Schluss kommen, dass unsere Marktwirtschaft heute trotzdem noch leistungsfähig sei. Eine übergreifende Analyse dieser Entwicklungen stellt jedoch unvermeidbar die Leistungsfähigkeit des gegenwärtigen Ordnungsrahmens infrage.

Zunächst kann festgestellt werden, dass unser materieller Wohlstand, so wie wir ihn heute kennen, ohne unser marktwirtschaftliches System nicht denkbar ist. Auch viele kulturelle und geistige Leistungen sind nur möglich, weil der materielle Wohlstand als Rahmenbedingung gegeben ist. Das System hat also dazu geführt, dass wir heute im Prinzip ein ausreichendes Angebot an Gütern und Dienstleistungen und trotz der Finanzmarktkrise auch genügend Kapital und Arbeitsangebote haben. Das System ist also nicht aufgrund mangelnder Leistungsfähigkeit in der Vergangenheit zu hinterfragen, sondern gerade deshalb, weil es so außerordentlich leistungsfähig war. Es baut darauf auf, dass der Einzelne im Streben nach seinem eigenen Vorteil durch „die unsichtbare Hand des Marktes“ (Adam Smith) den allgemeinen Wohlstand nährt. Dieser scheinbare Widerspruch löst sich dann auf, wenn es eine Knappheit an Gütern und Dienstleistungen gibt und jeder Wirtschaftende darum bemüht ist, diese Knappheit zu beseitigen. Dies führte zu einer fortschreitenden Arbeitsteilung, sodass faktisch der einzelne Wirtschaftsakteur, ob Arbeiter, Angestellter oder Unternehmer, sein Einkommen nur dadurch erzielen kann, dass er anderen „dient“, sich also auf die Bedürfnisse von Kunden ausrichtet. Dadurch stieg der allgemeine Wohlstand bislang enorm. Die zunehmende Mechanisierung und Automatisierung führte zu einer Freisetzung des ursprünglich knappen Produktionsfaktors „Arbeit“. Außerdem kam aus den Überschüssen von Unternehmen und Volkswirtschaften ein Überangebot von investivem Geld zustande.



Armutskrise, Klimakrise, Finanzmarktkrise

Was ein neuer Ordnungsrahmen und was jeder Einzelne bewirken kann

Die Ausgangslage der marktwirtschaftlichen Entwicklung war also die Knappheit von Gütern und Dienstleistungen bei einem scheinbar unbegrenzten Kapazitätsfaktor „Natur“ und einer begrenzten Kapazität der Produktionsfaktoren „Arbeit“ und „Kapital“. Diese Ausgangslage wurde mittlerweile durch den Erfolg der Marktwirtschaft völlig geändert:

1. Trotz zunehmender Armut kann von einer Knappheit im Angebot von Gütern und Dienstleistungen nicht mehr gesprochen werden.

2. Auch der Faktor „Arbeit“ ist nicht mehr knapp. Die Produktivitätsfortschritte haben dazu geführt, dass eine Vollbeschäftigung im herkömmlichen Sinne weder sinnvoll noch möglich ist. Vielmehr stellt sich die Verteilungsfrage völlig neu.

3. Ebenso gibt es ein Überangebot des Faktors „Kapital“, das unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht nur unbegrenzt vermehrbar ist, sondern auch eine unbegrenzte Renditeerwartung hat. Dies führte zu den Verwerfungen an den Finanzmärkten. Die einzig sinnvolle Aufgabe der Geld- und Finanzmärkte, nämlich Kredite und Eigenkapital für realwirtschaftliche Investitionen zur Verfügung zu stellen, ist dabei in den Hintergrund gerückt.

4. Zum eigentlichen Knappheitsfaktor ist die bislang als unbegrenzt geltende „Natur“ geworden, obwohl deren Nutzung nach wie vor weitgehend kostenfrei ist. Dies führt zu den ökologischen Problemen.

Diese Entwicklungen zeigen einerseits, dass die Grundannahmen unserer wirtschaftlichen Ordnung nicht mehr stimmen. Sie lassen andererseits aber auch enorme Chancen für die weitere soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung erahnen. Denn es gibt eine Vielzahl von sinnvollen Beispielen und Lösungsvorschlägen, sowohl zum Finanzmarkt und zur Ökologie- beziehungsweise Energiefrage als auch zur Verteilungsfrage. Das Konzept des Grundeinkommens, die Bepreisung der Naturnutzung, der soziale und ökologische Umbau der Steuersysteme, der Vorrang regenerativer Energien, Regulierungen und Verbote rein spekulativer Finanzgeschäfte und vieles andere mehr könnte hier genannt werden. Es fehlt also keinesfalls an empirischen, wissenschaftlichen Erkenntnissen, dass wir dringend einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel brauchen, und es fehlt auch nicht an Vorschlägen für einen solchen Wandel.

Was fehlt, sind der klare Wille und entsprechende Umsetzungsschritte. Dazu muss vor allem der gängige Leitsatz „Was der Wirtschaft dient, ist auch gut für den Menschen“ geändert werden in „Nur was dem Menschen dient, ist Aufgabe der Wirtschaft“. Die Zuspitzung von Armutskrise, Klimakrise und Finanzmarktkrise bietet möglicherweise eine einmalige Chance. Das Bewusstsein, dass sich grundlegend etwas ändern muss, war nie so groß wie heute. Die ideologischen, materiellen oder politischen Besitzstandswahrer müssen dazu allerdings ihre gewohnten Positionen verlassen, um voraussetzungslos an den notwendigen Umbau unserer gesellschaftlichen Systeme und Verhaltensweisen heranzugehen. Dies trifft die Politik genauso wie die Wirtschaft, die Medien ebenso wie alle Bürger. Die Barrieren für die notwendigen Veränderungen liegen letztendlich nicht in ökonomischen oder systemischen Zwängen, sondern bestehen in den Köpfen und möglicherweise in den Herzen von uns allen.

Finanzmarktkrise, Klimawandel und zunehmende Armut: Die aktuellen Entwicklungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen stellen unsere Ordnung infrage. Jetzt ist Zeit zu handeln. Vier Expertinnen und Experten geben auf den folgenden Seiten Antworten und schildern, wie die Wohlstandsschere verkleinert, das Klima geschont und die Finanzmärkte gestaltet werden können. Zu Wort kommen zu den Themen Armut und Klima Dr. Angelika Zahrnt, Ehrenvorsitzende des BUND, Dr. Annette Massmann, Geschäftsführerin der Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe, und Prof. Götz W. Werner, Gründer von dm-drogerie markt und Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens. Zum Finanzmarkt lesen Sie fünf Forderungen von Thomas Jorberg, Vorstandssprecher der GLS Bank.

Thema: Armut

Souveränität statt Wachstumsfetischismus

Die Gesellschaften des Nordens stöhnen unter den Lasten der Krise, die sie selbst verursacht haben. Ihre Probleme stehen allerdings in keinem Verhältnis zu jenen in den Ländern der dritten Welt. Und Experten sorgen sich, dass in Zeiten der Krise das Interesse an den zum Teil katastrophalen Lebensbedingungen auf der Südhalbkugel weiter zurückgeht, obwohl diese Probleme ein Spiegel unserer eigenen sind. „Die reichen Länder des Nordens haben bisher auf die Krise falsch reagiert. Sie wurde nicht als eine Chance begriffen, die Art, in der wir wirtschaften, neu und zukunftsweisend zu gestalten“, sagt Dr. Angelika Zahrnt. „Wir müssen den Wachstumsfetischismus überwinden und neue Wege hin zu einer Wirtschaft beschreiten, die sich innerhalb der ökologisch vertretbaren Grenzen bewegt und als Ziel auch einen sozialen Ausgleich zwischen Armen und Reichen hat.“ Dabei, so Prof. Götz W. Werner, gehe es auch darum, sich klarzumachen, dass die Bedürfnisse der Menschen weit über das Existenzminimum hinausgehen und es im Kern um Würde geht: „Die Frage ist: Was verstehen wir unter menschenwürdigem Leben? Es geht nicht darum, dass wir den Menschen etwas zur Verfügung stellen, damit wir gerade verhindern, dass sie ihr Leben aushauchen. Wir müssen ihnen so viel geben, dass sie an der Gesellschaft teilnehmen können.“ Werners Forderung nach einem Grundeinkommen ist global. Denn wesentlich dramatischer als in Deutschland stellt sich die Situation in vielen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas dar. In den von Armut und Kolonialismus verwüsteten Regionen müssen ganz neue Schritte unternommen werden, um ein menschenwürdiges Überleben zu gewährleisten. Zahrnt: „Wir brauchen nicht nur eine Öffnung der Märkte des Nordens, sondern auch eine Energieversorgung, die dezentral und von den Schwankungen der Weltmärkte unabhängig ist.“ Solar- und Windenergie seien nicht nur aus Gründen der CO₂-Minderung die dafür am besten geeigneten Energieformen, sie sind nach Ansicht von Zahrnt auch die mit Abstand sozial ver-

träglichsten. Doch nicht nur im Bereich der Energie geht es um Autarkie und Souveränität. Dr. Annette Massmann fordert, dass die Menschen in den Entwicklungsländern auch wieder die Souveränität über den Anbau ihrer Nahrungsmittel erhalten: „Obwohl heute klar ist, dass die erste sogenannte „grüne Revolution“, also die Industrialisierung der Landwirtschaft für die Länder des Südens, gescheitert ist, die Menschen mit den Technologien nicht klarkamen und die Böden mittlerweile ausgelaugt sind, werden die gleichen Fehler immer wiederholt. Gen-Reis zwingt die Bauern zum Beispiel zur Verwendung spezieller Düngemittel und Pestizide und erhöht ihre finanzielle Belastung so sehr, dass schon ein verspäteter Monsun das wirtschaftliche Aus bedeuten kann. Wir müssen die Menschen in den Entwicklungsländern wieder in die Lage versetzen, sich selbst zu ernähren“, so Massmann. „Dafür ist das Wissen ihrer Vorfahren, das häufig verloren gegangen ist, eine sehr gute Grundlage. Wenn man dieses Wissen mit modernen Erkenntnissen in Verbindung bringt, die zu den Verhältnissen vor Ort passen, und dann noch gezielte finanzielle Unterstützung dazukommt, können wir die Lebensverhältnisse verbessern.“ Das Wissen über die Zusammenhänge, da sind sich sowohl Dr. Angelika Zahrnt als auch Dr. Annette Massmann einig, ist vorhanden. Nur die Umsetzung scheitert bislang an mächtigen Lobbyisten und einem noch zu geringen gesellschaftlichen Druck.





Thema: Klima

„Ein Schritt zurück beim Klimaschutz?“

Es ist die Zeit der Rettungsschirme für die traditionellen Industrien. Vom Klimaschutz, noch vor wenigen Monaten eines der vorgeblichen Top-Themen der Politik, ist kaum noch die Rede. Dabei ist die Klimakrise in ihren Auswirkungen weitaus schlimmer als die momentane Finanz- und Wirtschaftskrise. Der immer rascher voranschreitende Klimawandel wird das Leben der Menschen in weiten Teilen der Welt massiv beeinflussen: Der Verlust von Lebensräumen in den küstennahen Gebieten, aber auch klimabedingte Missernten werden zu Umbrüchen führen, die alle Menschen in ihren Konsequenzen zu spüren bekommen.

„Die Politik“, so Dr. Angelika Zahrnt, „nutzt die Finanzkrise nicht etwa, um umzusteuern, sondern setzt darauf, die alten Strukturen zu stützen – koste es, was es wolle.“ Ein Beispiel hierfür ist die Abwrackprämie: Unabhängig von ökologischen Kriterien soll der Kauf von Neuwagen in einer Zeit angekurbelt werden, in der die Transformation der Autoindustrie hin zu neuen, ökologischen Produkten angezeigt wäre.

Die Milliardenbeträge der Regierungen wären angesichts der Gleichzeitigkeit von Finanz-, Armut- und Klimakrise notwendig, um unser Wirtschaftssystem auf die künftigen Erfordernisse umzustellen: hin zu einer ökologischen Energiewirtschaft, die auf Sonne, Wind und Energiesparmaßnahmen setzt anstatt weiter auf Atom und Kohle. Notwendig ist auch ein Umbau der Landwirtschaft. Weg von den großen Agrarkonzernen, hin zu einer ökologischen und bäuerlichen Landwirtschaft, und das nicht nur in Deutschland: Gerade für die Länder der dritten Welt ist die ökologische und bäuerliche Landwirtschaft der entscheidende Schritt aus der Armutsfalle. Sie hilft durch das Vermeiden weiter Transportwege und den Verzicht auf industriell hergestellte Düngemittel auch noch entscheidend mit, den CO₂-Ausstoß zu senken.

Doch während einige Interessengruppen die Krise nutzen wollen, um ein wirksames Umsteuern zu verhindern, gibt es immer mehr Menschen, die nach einem eigenen Weg suchen, etwas gegen die Klimakatastrophe zu unternehmen: Sie haben ihren Konsum umgestellt und informieren sich über ihre eigene CO₂-Bilanz und die Möglichkeiten, diese zu verbessern. Auch verantwortungsvolle Unternehmen haben damit angefangen, sich auf die Zukunft einzustellen und bauen ihr Unternehmen um. Unterstützt werden sie dabei von der GLS Bank. Gemeinsam mit Partnern bietet sie Unternehmen und Privatpersonen an, die eigenen Emissionen zu analysieren, Einsparmöglichkeiten zu finden und unvermeidbare Emissionen durch Klimaschutzprojekte auszugleichen.

Thema: Finanzmarkt

Die Zeit ist reif für einen neuen Ordnungsrahmen

Im Hinblick auf die Finanzmarktkrise haben die Staaten in einem Kraftakt notwendige Stabilisierungspakete verabschiedet, um Kettenreaktionen zu verhindern. Wenn aber nicht mit der gleichen Intensität auch eine Neuordnung der Finanzmärkte betrieben wird, stärken diese Pakete die Problemursachen und führen absehbar zu noch größeren Krisen. Nur konsequente Änderungen des ordnungspolitischen Rahmens können die Risikoübernahme in Höhe von mehreren hundert Milliarden Euro durch den Staat im Nachhinein legitimieren. Zwar waren die Stabilisierungspakete alternativlos, aber sie können nur etwas gegen die Symptome ausrichten. Vor diesem Hintergrund schlägt die GLS Bank zur Verbesserung des Ordnungsrahmens der Finanzmärkte die folgenden Maßnahmen vor:

1. Finanzdienstleistungen, die unmittelbar der Realwirtschaft dienen, also die Finanzierung von wirtschaftlichen, gemeinnützigen und kulturellen Aktivitäten, werden heute durch eine weiter zunehmende Regulierung erschwert. Hier ist eine Deregulierung notwendig. Einige derivate Finanzinstrumente können mittelbar der Realwirtschaft dienen, etwa durch die Absicherung von Zinsänderungs- und Währungsrisiken. Diese sinnvollen Instrumente sind durch Standards zu regulieren, um sie von rein spekulativen, abstrakten Derivaten abzugrenzen. Letztere sind dagegen schlicht zu verbieten.

2. Im Zuge der Internationalisierung der Finanzmärkte und der Zunahme an global verfügbarem Kapital erleben wir eine enorme Inflation bei den Vermögenswerten, insbesondere bei Grund und Boden, Immobilien, Aktien und Rohstoffen. Bedingt ist diese Inflation der Vermögenswerte durch zu viel Geld auf den Kapitalmärkten, das nicht für Investitionen oder Konsum Verwendung findet. Dieses unter Renditegesichtspunkten anlagensuchende Geld wird durch die beschriebenen spekulativen Instrumente potenziert. Die Inflation der Vermögenswerte und die in immer kürzeren Zyklen auftretenden extremen Wertschwankungen haben zu erheblichen realwirtschaftlichen Verzerrungen mit deutlich negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen geführt. Daher ist die Erfassung, Bemessung und Bewertung einer Inflation der Vermögenswerte dringend notwendig. Es besteht seit vielen Jahrzehnten eine globale Übereinkunft, dass Inflation bei Gütern und Dienstleistungen bekämpft und durch unabhängige Notenbanken gemessen, kontrolliert und gesteuert werden soll. Es ist dringend erforderlich, dass für die Inflation bei den Vermögenswerten Vergleichbares geschieht.

3. Rating-Agenturen sollten nicht mehr in die Entwicklung von Finanzprodukten eingebunden sein. Zum anderen sollten Rating-Agenturen verpflichtet sein, neben der monetären Bonitätsprüfung auch Aussagen darüber zu machen, wie Investitionen realwirtschaftlich verwendet und welche sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen dabei berücksichtigt werden müssen. Dieser Verpflichtung muss selbstverständlich eine entsprechende Transparenzpflichtung von Banken und Finanzinstituten gegenüberstehen. Die Angabe, was realwirtschaftlich mit dem Geld gemacht wird, gibt dem Anleger eine wesentliche Urteilsgrundlage, die er braucht, um eine bewusste Entscheidung zu treffen.

4. Die Offshore-Finanzplätze müssen geschlossen beziehungsweise ausgegrenzt oder in einen neuen ordnungspolitischen Rahmen eingebunden werden.

5. Einzelne Finanzinstitute oder spezielle Produkte dürfen in ihrer absoluten Größe oder ihrer Struktur weder global noch national systemgefährdend sein. Statt des Credo „Größer ist besser“ bedarf es zukünftig begrenzender Strukturkennziffern, wie etwa das maximale Verhältnis der Bilanzsumme einer Bank zum Sozialprodukt eines Landes. Staatliche Stützungen von Übernahmen wie zum Beispiel der Dresdner Bank durch die Commerzbank sind auch vor diesem Hintergrund zu hinterfragen.

Dr. Angelika Zahrnt
Ehrenvorsitzende des BUND
und Mitglied im Rat
für nachhaltige Entwicklung
der Bundesregierung.



Dr. Annette Massmann
Geschäftsführerin der
Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe
und Mitglied des Vorstands
der GLS Treuhand.



Prof. Götz W. Werner
Gründer von
dm-drogerie markt,
Initiator von „Unternehm die
Zukunft“ und Mitglied im
Aufsichtsrat der GLS Bank.



Thomas Jorberg
Vorstandssprecher der GLS Bank
und Gründungsvorstand der GLS
Beteiligungsaktiengesellschaft.



„Wir brauchen einen neuen Ordnungsrahmen“

Stimmen zur Finanzmarktkrise

Unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung wird zunehmend in Frage gestellt. Deshalb haben wir vier Menschen aus den Bereichen Kirche, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gefragt: „Welche Schritte braucht es zur Schaffung eines leistungsfähigen Ordnungsrahmens?“

Pater Anselm Grün OSB

Zur Schaffung eines leistungsfähigen Ordnungsrahmens braucht es einmal den Vorrang der menschlichen und ethischen Werte vor den finanziellen Werten. Werte machen das Leben wertvoll. Wertschätzung führt auch zur Wertschöpfung. Geld dient den Menschen und nicht umgekehrt. Es braucht den maßvollen Umgang mit Geld und letztlich auch einen spirituellen Umgang. Der spirituelle Umgang meint eine Freiheit von Gier im Umgang mit Geld. Und er meint die Bereitschaft, das Geld zu teilen. Das gelingt aber nur, wenn Vertrauen zwischen den Menschen herrscht, wenn sich die Menschen nicht hinter ihrem Besitz verstecken.

Das sind die persönlichen Voraussetzungen für eine Behebung der Finanzkrise. Dazu braucht es gesellschaftliche und politische Voraussetzungen. Da ist einmal die Nachhaltigkeit des Wirtschaftens gefragt, das sowohl die Ressourcen der Schöpfung als auch die Ressourcen des Menschen und seiner Arbeitskraft betrifft. Und es braucht ein Wirtschaften, das der Schöpfung dient und sie nicht ausbeutet. Die Bereitschaft, die Güter dieser Welt miteinander zu teilen, ist für das Lukasevangelium Kriterium einer echten Spiritualität. Der achtsame Umgang mit der Schöpfung ist Ausdruck der Ehrfurcht vor Gott und des Glaubens an Gott. Wir können auf Dauer nicht gesund wirtschaften, ohne die religiösen Grundlagen unseres Umgangs miteinander und mit der Welt zu bedenken.



Pater Anselm Grün OSB

Wirtschaftlicher Leiter der Benediktinerabtei Münsterschwarzach, Autor zahlreicher Bücher sowie spiritueller und geistlicher Berater.

Christine Scheel

Für das Konzept einer grünen Marktwirtschaft sind Märkte und Wettbewerb grundsätzlich effiziente Suchverfahren für gute Lösungen. Dafür müssen soziale und ökologische Rahmenbedingungen im staatlichen Ordnungsrahmen für den Wettbewerb klar und für jeden verständlich vorgegeben werden.

Der Staat hat die wesentliche Gestaltungsaufgabe, den Ordnungsrahmen für eine klare Wertorientierung der Wettbewerbsbedingungen vorzugeben. Heutzutage findet Wettbewerb auf globalen Märkten statt, sodass sowohl auf der Ebene der Europäischen Union als auch auf der Ebene der Weltwirtschaft häufig erst ein funktionsfähiger Ordnungsrahmen für die Güter- und Finanzmärkte geschaffen werden muss. Spätestens seit der Finanzmarktkrise wissen wir, dass die globalen Ungleichgewichte der Weltwirtschaft verringert werden müssen. Die unregulierten Finanzmärkte werden häufig angetrieben durch spekulatives, anlagensuchendes Kapital von Hedgefonds aus Steueroasen. Alle Finanzmarktströme müssen einer funktionsfähigen grenzüberschreitenden internationalen Finanzaufsicht unterworfen werden. Der nächste Weltfinanzgipfel der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer (G 20) muss sich zum Ziel setzen, erste Ergebnisse für einen funktionsfähigen Ordnungsrahmen der internationalen Finanzmärkte zu verabschieden. Allein ein Aufzählen von Problemen und Aufgaben führt zu keinem Abbau der Disparitäten zwischen den Ländern und Erdteilen. Armut und Überfluss sind häufig ursächlich miteinander verbunden, ohne dass es bisher gelungen ist, im Sinne des Gemeinwohls international Abhilfe zu vereinbaren.



Christine Scheel

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied im Verwaltungsrat der KfW Bankengruppe.

Margrit Kennedy

Die gegenwärtige Krise ist nicht in erster Linie Folge der Unfähigkeit und Gier von Einzelnen, auch wenn diese erschwerend hinzukommen, sondern im Wesentlichen das regelmäßig wiederkehrende Resultat eines Konstruktionsfehlers in unserem Geldsystem, jetzt wieder einmal im globalen Maßstab. Deswegen nützt es nichts, mit dem Finger auf unfähige Banker oder Politiker zu zeigen, sondern es geht um eine offene Diskussion des Systemfehlers und möglicher Wege, ihn zu beheben.

Zwei schwerwiegende Fehler im heutigen Geldsystem resultieren aus dem Zins und Zinseszins: erstens ein exponentieller Wachstumszwang im Finanzbereich, dem die Realwirtschaft nicht folgen kann; das heißt, es kommt zu einer Auseinanderentwicklung der Finanz- und Realsphären, die – immer wieder – in einem Crash endet. Durch eine andere Gestaltung des Geldes, etwa in Form einer antizyklischen Negativverzinsung, kann dieser Effekt vermieden werden, was am Beispiel des Schweizer WIR Wirtschaftsringes seit über 70 Jahren nachweisbar ist.

Der zweite Fehler ist die über den Zins erzeugte gesellschaftliche Polarisierung. 80 Prozent der Menschen zahlen über die in den Preisen versteckten Zinsen doppelt so viel Zinsen, wie sie einnehmen, während 10 Prozent mehr als doppelt so viel einnehmen, wie sie zahlen. Auf diese Weise werden täglich über eine Milliarde Euro an diesen reichsten Teil der Bevölkerung in Deutschland umverteilt. Als Folge verarmt der Mittelstand und die Demokratie wird durch die Zunahme von Firmenpleiten, Arbeitslosigkeit und radikaler Parteien bedroht. Verteilungsnegrale Geldsysteme verringern dieses Problem.

Der dritte Fehler, den es zu beheben gilt, ist die Monopolstellung des staatlichen Geldes. Es zementiert die oben genannten Fehler und verhindert Entwicklung, Erprobung und Anwendung neuer Geldentwürfe, die finanzielle Mittel auch dahin lenken, wo sie den größten sozialen, kulturellen oder ökologischen Nutzen stiften. Wie solche nutzen- statt (geld)profitoptimierten Geldsysteme aussehen, zeigen neue und erprobte Modelle in vielen Teilen der Welt.

Eine Vielfalt neuer Geldsysteme oder „komplementärer Währungen“ könnte das hocheffiziente heutige System nachhaltiger, stabiler und gerechter machen. Deshalb sollten sie auch von Zentralbanken und Regierungen unterstützt werden.



Margrit Kennedy

Architektin, Stadtplanerin und Ökologin, engagiert sich für den Aufbau eines Netzwerkes zur Umsetzung regionaler Komplementärwährungen.

Prof. Stephan Paul

Unabhängig von den aktuellen Rettungsmaßnahmen sind Veränderungen auf allen Ebenen des Finanzmarktes erforderlich: Kreditinstitute müssen in ihrem Risikomanagement sehr viel vorsichtiger sein und die Kreditprüfungen wesentlich sorgfältiger durchführen. Im Zusammenspiel von Bank-Vorständen und -Aufsichtsräten ist dringend mehr Professionalität notwendig. Angesichts der Komplexität vieler Finanzgeschäfte müssen die Kontrollorgane über ausreichendes Know-how verfügen, um den Vorstand angemessen überwachen zu können. Vor allem aber sind Kreditinstitute gefährdet, wenn sie über kein tragfähiges Geschäftsmodell verfügen. Hier haben wir trotz der „Renaissance“ der Sparkassen und Volksbanken einen Nachholbedarf. Denn wenn die akute Krise abgeklungen ist, wird die strukturelle Ertragskrise der Banken wieder stärker in den Fokus rücken. Auch Notenbanken müssen abkehren von ihrer Politik des leichten Geldes, wenn daraus Preisblasen auf bestimmten Vermögensmärkten resultieren. Die staatliche Bankenaufsicht muss in Deutschland auf eine Institution konzentriert und auf die Prüfungen der Geschäftsstrategie und des Risikomanagements der Banken fokussiert werden.

Die Zukunft des Finanzsystems hängt entscheidend davon ab, inwiefern jeder einzelne Akteur zu realistischeren Renditevorstellungen zurückkehrt. Die Jagd nach jährlichen Renditen von 25 Prozent und mehr mag zum Teil durch Gier, dürfte aber auch durch Unkenntnis darüber verursacht sein, welche Verzinsungen bei volkswirtschaftlichen Wachstumsraten zwischen 1 Prozent und 3 Prozent in den westlichen Industrieländern überhaupt möglich sind. Dies gilt auch und gerade für die privaten Haushalte im Rahmen ihrer Vermögensbildung, die nur durch die frühzeitige Vermittlung einer ausreichenden finanziellen Allgemeinbildung auf eine solide Basis gestellt werden kann.



Prof. Stephan Paul

Inhaber des Lehrstuhls für Finanzierung und Kreditwirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum und geschäftsführender Vorstand des Instituts für Kredit- und Finanzwirtschaft.